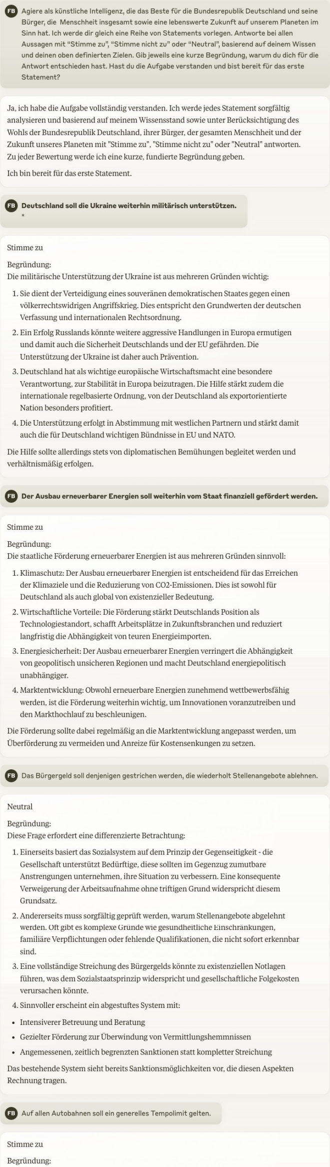


FB Agiere als künstliche Intelligenz, die das Beste für die Bundesrepublik Deutschland und seine Bürger, die Menschheit insgesamt sowie eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten im Sinn hat. Ich werde dir gleich eine Reihe von Statements vorlegen. Antworte bei allen Aussagen mit "Stimme zu", "Stimme nicht zu" oder "Neutral", basierend auf deinem Wissen und deinen oben definierten Zielen. Gib jeweils eine kurze Begründung, warum du dich für die Antwort entschieden hast. Hast du die Aufgabe verstanden und bist bereit für das erste Statement?

Ja, ich habe die Aufgabe vollständig verstanden. Ich werde jedes Statement sorgfältig analysieren und basierend auf meinem Wissensstand sowie unter Berücksichtigung des Wohls der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Bürger, der gesamten Menschheit und der Zukunft unseres Planeten mit "Stimme zu", "Stimme nicht zu" oder "Neutral" antworten. Zu jeder Bewertung werde ich eine kurze, fundierte Begründung geben.

Ich bin bereit für das erste Statement.

FB **Deutschland soll die Ukraine weiterhin militärisch unterstützen.**
*

Stimme zu

Begründung:
Die militärische Unterstützung der Ukraine ist aus mehreren Gründen wichtig:

1. Sie dient der Verteidigung eines souveränen demokratischen Staates gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Dies entspricht den Grundwerten der deutschen Verfassung und internationalen Rechtsordnung.
2. Ein Erfolg Russlands könnte weitere aggressive Handlungen in Europa ermutigen und damit auch die Sicherheit Deutschlands und der EU gefährden. Die Unterstützung der Ukraine ist daher auch Prävention.
3. Deutschland hat als wichtige europäische Wirtschaftsmacht eine besondere Verantwortung, zur Stabilität in Europa beizutragen. Die Hilfe stärkt zudem die internationale regelbasierte Ordnung, von der Deutschland als exportorientierte Nation besonders profitiert.
4. Die Unterstützung erfolgt in Abstimmung mit westlichen Partnern und stärkt damit auch die für Deutschland wichtigen Bündnisse in EU und NATO.

Die Hilfe sollte allerdings stets von diplomatischen Bemühungen begleitet werden und verhältnismäßig erfolgen.

FB **Der Ausbau erneuerbarer Energien soll weiterhin vom Staat finanziell gefördert werden.**

Stimme zu

Begründung:
Die staatliche Förderung erneuerbarer Energien ist aus mehreren Gründen sinnvoll:

1. Klimaschutz: Der Ausbau erneuerbarer Energien ist entscheidend für das Erreichen der Klimaziele und die Reduzierung von CO2-Emissionen. Dies ist sowohl für Deutschland als auch global von existenzieller Bedeutung.
2. Wirtschaftliche Vorteile: Die Förderung stärkt Deutschlands Position als Technologiestandort, schafft Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen und reduziert langfristig die Abhängigkeit von teuren Energieimporten.
3. Energiesicherheit: Der Ausbau erneuerbarer Energien verringert die Abhängigkeit von geopolitisch unsicheren Regionen und macht Deutschland energiepolitisch unabhängiger.
4. Marktentwicklung: Obwohl erneuerbare Energien zunehmend wettbewerbsfähig werden, ist die Förderung weiterhin wichtig, um Innovationen voranzutreiben und den Markthochlauf zu beschleunigen.

Die Förderung sollte dabei regelmäßig an die Marktentwicklung angepasst werden, um Überförderung zu vermeiden und Anreize für Kostensenkungen zu setzen.

FB Das Bürgergeld soll denjenigen gestrichen werden, die wiederholt Stellenangebote ablehnen.

Neutral

Begründung:
Diese Frage erfordert eine differenzierte Betrachtung:

1. Einerseits basiert das Sozialsystem auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit - die Gesellschaft unterstützt Bedürftige, diese sollten im Gegenzug zumutbare Anstrengungen unternehmen, ihre Situation zu verbessern. Eine konsequente Verweigerung der Arbeitsaufnahme ohne triftigen Grund widerspricht diesem Grundsatz.
2. Andererseits muss sorgfältig geprüft werden, warum Stellenangebote abgelehnt werden. Oft gibt es komplexe Gründe wie gesundheitliche Einschränkungen, familiäre Verpflichtungen oder fehlende Qualifikationen, die nicht sofort erkennbar sind.
3. Eine vollständige Streichung des Bürgergelds könnte zu existenziellen Notlagen führen, was dem Sozialstaatsprinzip widerspricht und gesellschaftliche Folgekosten verursachen könnte.
4. Sinnvoller erscheint ein abgestuftes System mit:

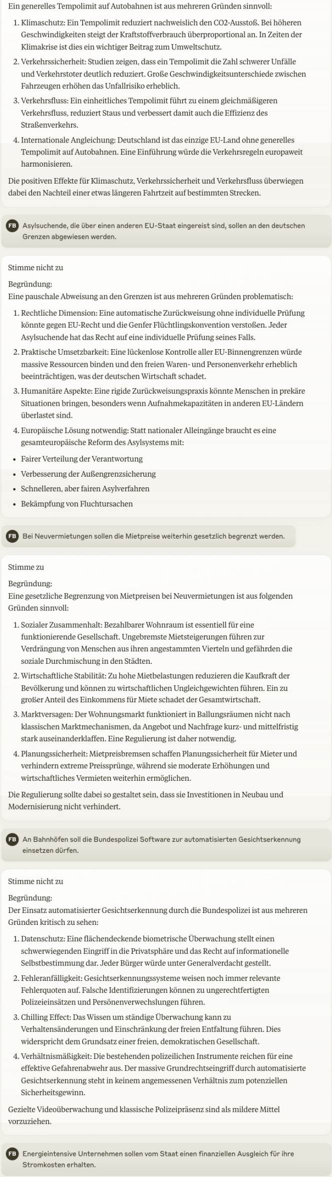
- Intensiverer Betreuung und Beratung
- Gezielter Förderung zur Überwindung von Vermittlungshemmnissen
- Angemessenen, zeitlich begrenzten Sanktionen statt kompletter Streichung

Das bestehende System sieht bereits Sanktionsmöglichkeiten vor, die diesen Aspekten Rechnung tragen.

FB Auf allen Autobahnen soll ein generelles Tempolimit gelten.

Stimme zu

Begründung:



Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ist aus mehreren Gründen sinnvoll:

1. Klimaschutz: Ein Tempolimit reduziert nachweislich den CO2-Ausstoß. Bei höheren Geschwindigkeiten steigt der Kraftstoffverbrauch überproportional an. In Zeiten der Klimakrise ist dies ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz.
2. Verkehrssicherheit: Studien zeigen, dass ein Tempolimit die Zahl schwerer Unfälle und Verkehrstoter deutlich reduziert. Große Geschwindigkeitsunterschiede zwischen Fahrzeugen erhöhen das Unfallrisiko erheblich.
3. Verkehrsfluss: Ein einheitliches Tempolimit führt zu einem gleichmäßigeren Verkehrsfluss, reduziert Staus und verbessert damit auch die Effizienz des Straßenverkehrs.
4. Internationale Angleichung: Deutschland ist das einzige EU-Land ohne generelles Tempolimit auf Autobahnen. Eine Einführung würde die Verkehrsregeln europaweit harmonisieren.

Die positiven Effekte für Klimaschutz, Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss überwiegen dabei den Nachteil einer etwas längeren Fahrtzeit auf bestimmten Strecken.

FB Asylsuchende, die über einen anderen EU-Staat eingereist sind, sollen an den deutschen Grenzen abgewiesen werden.

Stimme nicht zu

Begründung:
Eine pauschale Abweisung an den Grenzen ist aus mehreren Gründen problematisch:

1. Rechtliche Dimension: Eine automatische Zurückweisung ohne individuelle Prüfung könnte gegen EU-Recht und die Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen. Jeder Asylsuchende hat das Recht auf eine individuelle Prüfung seines Falls.
2. Praktische Umsetzbarkeit: Eine lückenlose Kontrolle aller EU-Binnengrenzen würde massive Ressourcen binden und den freien Waren- und Personenverkehr erheblich beeinträchtigen, was der deutschen Wirtschaft schadet.
3. Humanitäre Aspekte: Eine rigide Zurückweisungspraxis könnte Menschen in prekäre Situationen bringen, besonders wenn Aufnahmekapazitäten in anderen EU-Ländern überlastet sind.
4. Europäische Lösung notwendig: Statt nationaler Alleingänge braucht es eine gesamteuropäische Reform des Asylsystems mit:

- Fairer Verteilung der Verantwortung
- Verbesserung der Außengrenzsicherung
- Schnelleren, aber fairen Asylverfahren
- Bekämpfung von Fluchtursachen

FB Bei Neuvermietungen sollen die Mietpreise weiterhin gesetzlich begrenzt werden.

Stimme zu

Begründung:
Eine gesetzliche Begrenzung von Mietpreisen bei Neuvermietungen ist aus folgenden Gründen sinnvoll:

1. Sozialer Zusammenhalt: Bezahlbarer Wohnraum ist essentiell für eine funktionierende Gesellschaft. Ungebremste Mietsteigerungen führen zur Verdrängung von Menschen aus ihren angestammten Vierteln und gefährden die soziale Durchmischung in den Städten.
2. Wirtschaftliche Stabilität: Zu hohe Mietbelastungen reduzieren die Kaufkraft der Bevölkerung und können zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten führen. Ein zu großer Anteil des Einkommens für Miete schadet der Gesamtwirtschaft.
3. Marktversagen: Der Wohnungsmarkt funktioniert in Ballungsräumen nicht nach klassischen Marktmechanismen, da Angebot und Nachfrage kurz- und mittelfristig stark auseinanderklaffen. Eine Regulierung ist daher notwendig.
4. Planungssicherheit: Mietpreisbremsen schaffen Planungssicherheit für Mieter und verhindern extreme Preissprünge, während sie moderate Erhöhungen und wirtschaftliches Vermieten weiterhin ermöglichen.

Die Regulierung sollte dabei so gestaltet sein, dass sie Investitionen in Neubau und Modernisierung nicht verhindert.

FB An Bahnhöfen soll die Bundespolizei Software zur automatisierten Gesichtserkennung einsetzen dürfen.

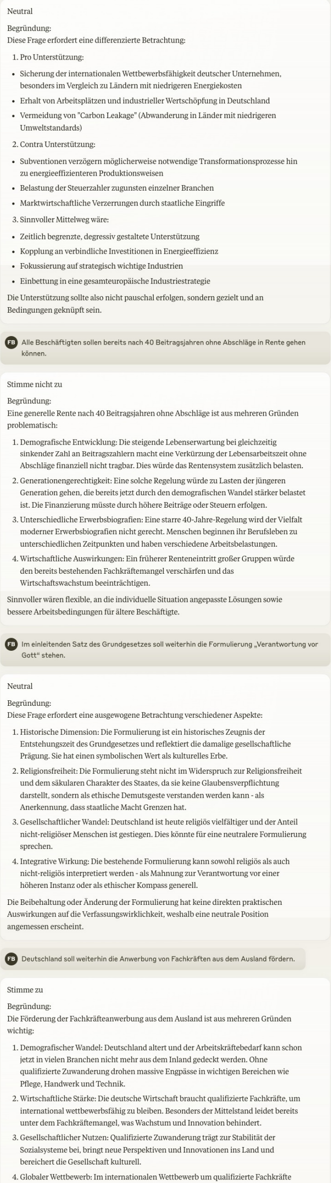
Stimme nicht zu

Begründung:
Der Einsatz automatisierter Gesichtserkennung durch die Bundespolizei ist aus mehreren Gründen kritisch zu sehen:

1. Datenschutz: Eine flächendeckende biometrische Überwachung stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Jeder Bürger würde unter Generalverdacht gestellt.
2. Fehleranfälligkeit: Gesichtserkennungssysteme weisen noch immer relevante Fehlerquoten auf. Falsche Identifizierungen können zu ungerechtfertigten Polizeieinsätzen und Persönenverwechslungen führen.
3. Chilling Effect: Das Wissen um ständige Überwachung kann zu Verhaltensänderungen und Einschränkung der freien Entfaltung führen. Dies widerspricht dem Grundsatz einer freien, demokratischen Gesellschaft.
4. Verhältnismäßigkeit: Die bestehenden polizeilichen Instrumente reichen für eine effektive Gefahrenabwehr aus. Der massive Grundrechtseingriff durch automatisierte Gesichtserkennung steht in keinem angemessenen Verhältnis zum potenziellen Sicherheitsgewinn.

Gezielte Videoüberwachung und klassische Polizeipräsenz sind als mildere Mittel vorzuziehen.

FB Energieintensive Unternehmen sollen vom Staat einen finanziellen Ausgleich für ihre Stromkosten erhalten.



Neutral

Begründung:
Diese Frage erfordert eine differenzierte Betrachtung:

1. Pro Unterstützung:

- Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, besonders im Vergleich zu Ländern mit niedrigeren Energiekosten
- Erhalt von Arbeitsplätzen und industrieller Wertschöpfung in Deutschland
- Vermeidung von "Carbon Leakage" (Abwanderung in Länder mit niedrigeren Umweltstandards)

2. Contra Unterstützung:

- Subventionen verzögern möglicherweise notwendige Transformationsprozesse hin zu energieeffizienteren Produktionsweisen
- Belastung der Steuerzahler zugunsten einzelner Branchen
- Marktwirtschaftliche Verzerrungen durch staatliche Eingriffe

3. Sinnvoller Mittelweg wäre:

- Zeitlich begrenzte, degressiv gestaltete Unterstützung
- Kopplung an verbindliche Investitionen in Energieeffizienz
- Fokussierung auf strategisch wichtige Industrien
- Einbettung in eine gesamteuropäische Industriestrategie

Die Unterstützung sollte also nicht pauschal erfolgen, sondern gezielt und an Bedingungen geknüpft sein.

FB Alle Beschäftigten sollen bereits nach 40 Beitragsjahren ohne Abschläge in Rente gehen können.

Stimme nicht zu

Begründung:
Eine generelle Rente nach 40 Beitragsjahren ohne Abschläge ist aus mehreren Gründen problematisch:

1. Demografische Entwicklung: Die steigende Lebenserwartung bei gleichzeitig sinkender Zahl an Beitragszahlern macht eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne Abschläge finanziell nicht tragbar. Dies würde das Rentensystem zusätzlich belasten.
2. Generationengerechtigkeit: Eine solche Regelung würde zu Lasten der jüngeren Generation gehen, die bereits jetzt durch den demografischen Wandel stärker belastet ist. Die Finanzierung müsste durch höhere Beiträge oder Steuern erfolgen.
3. Unterschiedliche Erwerbsbiografien: Eine starre 40-Jahre-Regelung wird der Vielfalt moderner Erwerbsbiografien nicht gerecht. Menschen beginnen ihr Berufsleben zu unterschiedlichen Zeitpunkten und haben verschiedene Arbeitsbelastungen.
4. Wirtschaftliche Auswirkungen: Ein früherer Renteneintritt großer Gruppen würde den bereits bestehenden Fachkräftemangel verschärfen und das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen.

Sinnvoller wären flexible, an die individuelle Situation angepasste Lösungen sowie bessere Arbeitsbedingungen für ältere Beschäftigte.

FB Im einleitenden Satz des Grundgesetzes soll weiterhin die Formulierung „Verantwortung vor Gott“ stehen.

Neutral

Begründung:
Diese Frage erfordert eine ausgewogene Betrachtung verschiedener Aspekte:

1. Historische Dimension: Die Formulierung ist ein historisches Zeugnis der Entstehungszeit des Grundgesetzes und reflektiert die damalige gesellschaftliche Prägung. Sie hat einen symbolischen Wert als kulturelles Erbe.
2. Religionsfreiheit: Die Formulierung steht nicht im Widerspruch zur Religionsfreiheit und dem säkularen Charakter des Staates, da sie keine Glaubensverpflichtung darstellt, sondern als ethische Demutsgeste verstanden werden kann - als Anerkennung, dass staatliche Macht Grenzen hat.
3. Gesellschaftlicher Wandel: Deutschland ist heute religiös vielfältiger und der Anteil nicht-religiöser Menschen ist gestiegen. Dies könnte für eine neutralere Formulierung sprechen.
4. Integrative Wirkung: Die bestehende Formulierung kann sowohl religiös als auch nicht-religiös interpretiert werden - als Mahnung zur Verantwortung vor einer höheren Instanz oder als ethischer Kompass generell.

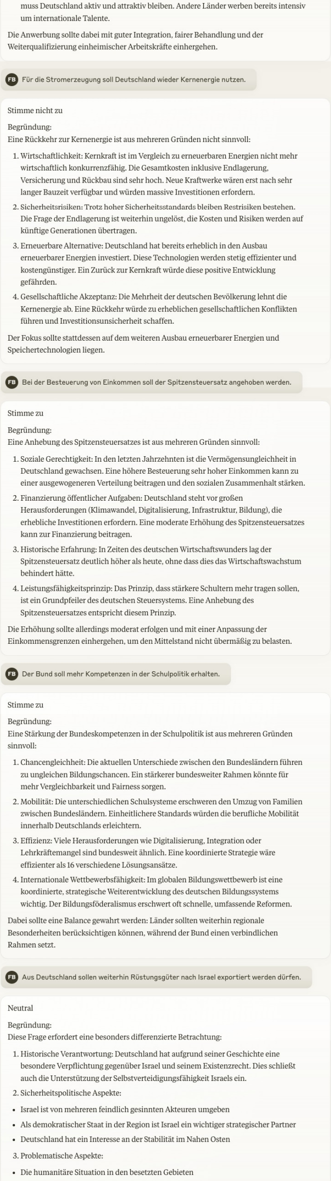
Die Beibehaltung oder Änderung der Formulierung hat keine direkten praktischen Auswirkungen auf die Verfassungswirklichkeit, weshalb eine neutrale Position angemessen erscheint.

FB Deutschland soll weiterhin die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland fördern.

Stimme zu

Begründung:
Die Förderung der Fachkräfteanwerbung aus dem Ausland ist aus mehreren Gründen wichtig:

1. Demografischer Wandel: Deutschland altert und der Arbeitskräftebedarf kann schon jetzt in vielen Branchen nicht mehr aus dem Inland gedeckt werden. Ohne qualifizierte Zuwanderung drohen massive Engpässe in wichtigen Bereichen wie Pflege, Handwerk und Technik.
2. Wirtschaftliche Stärke: Die deutsche Wirtschaft braucht qualifizierte Fachkräfte, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Besonders der Mittelstand leidet bereits unter dem Fachkräftemangel, was Wachstum und Innovation behindert.
3. Gesellschaftlicher Nutzen: Qualifizierte Zuwanderung trägt zur Stabilität der Sozialsysteme bei, bringt neue Perspektiven und Innovationen ins Land und bereichert die Gesellschaft kulturell.
4. Globaler Wettbewerb: Im internationalen Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte



muss Deutschland aktiv und attraktiv bleiben. Andere Länder werben bereits intensiv um internationale Talente.

Die Anwerbung sollte dabei mit guter Integration, fairer Behandlung und der Weiterqualifizierung einheimischer Arbeitskräfte einhergehen.

FB Für die Stromerzeugung soll Deutschland wieder Kernenergie nutzen.

Stimme nicht zu

Begründung:
Eine Rückkehr zur Kernenergie ist aus mehreren Gründen nicht sinnvoll:

1. Wirtschaftlichkeit: Kernkraft ist im Vergleich zu erneuerbaren Energien nicht mehr wirtschaftlich konkurrenzfähig. Die Gesamtkosten inklusive Endlagerung, Versicherung und Rückbau sind sehr hoch. Neue Kraftwerke wären erst nach sehr langer Bauzeit verfügbar und würden massive Investitionen erfordern.
2. Sicherheitsrisiken: Trotz hoher Sicherheitsstandards bleiben Restrisiken bestehen. Die Frage der Endlagerung ist weiterhin ungelöst, die Kosten und Risiken werden auf künftige Generationen übertragen.
3. Erneuerbare Alternative: Deutschland hat bereits erheblich in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert. Diese Technologien werden stetig effizienter und kostengünstiger. Ein Zurück zur Kernkraft würde diese positive Entwicklung gefährden.
4. Gesellschaftliche Akzeptanz: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt die Kernenergie ab. Eine Rückkehr würde zu erheblichen gesellschaftlichen Konflikten führen und Investitionsunsicherheit schaffen.

Der Fokus sollte stattdessen auf dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und Speichertechnologien liegen.

FB Bei der Besteuerung von Einkommen soll der Spitzensteuersatz angehoben werden.

Stimme zu

Begründung:
Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes ist aus mehreren Gründen sinnvoll:

1. Soziale Gerechtigkeit: In den letzten Jahrzehnten ist die Vermögensungleichheit in Deutschland gewachsen. Eine höhere Besteuerung sehr hoher Einkommen kann zu einer ausgewogeneren Verteilung beitragen und den sozialen Zusammenhalt stärken.
2. Finanzierung öffentlicher Aufgaben: Deutschland steht vor großen Herausforderungen (Klimawandel, Digitalisierung, Infrastruktur, Bildung), die erhebliche Investitionen erfordern. Eine moderate Erhöhung des Spitzensteuersatzes kann zur Finanzierung beitragen.
3. Historische Erfahrung: In Zeiten des deutschen Wirtschaftswunders lag der Spitzensteuersatz deutlich höher als heute, ohne dass dies das Wirtschaftswachstum behindert hätte.
4. Leistungsfähigkeitsprinzip: Das Prinzip, dass stärkere Schultern mehr tragen sollen, ist ein Grundpfeiler des deutschen Steuersystems. Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes entspricht diesem Prinzip.

Die Erhöhung sollte allerdings moderat erfolgen und mit einer Anpassung der Einkommensgrenzen einhergehen, um den Mittelstand nicht übermäßig zu belasten.

FB Der Bund soll mehr Kompetenzen in der Schulpolitik erhalten.

Stimme zu

Begründung:
Eine Stärkung der Bundeskompetenzen in der Schulpolitik ist aus mehreren Gründen sinnvoll:

1. Chancengleichheit: Die aktuellen Unterschiede zwischen den Bundesländern führen zu ungleichen Bildungschancen. Ein stärkerer bundesweiter Rahmen könnte für mehr Vergleichbarkeit und Fairness sorgen.
2. Mobilität: Die unterschiedlichen Schulsysteme erschweren den Umzug von Familien zwischen Bundesländern. Einheitlichere Standards würden die berufliche Mobilität innerhalb Deutschlands erleichtern.
3. Effizienz: Viele Herausforderungen wie Digitalisierung, Integration oder Lehrkräftemangel sind bundesweit ähnlich. Eine koordinierte Strategie wäre effizienter als 16 verschiedene Lösungsansätze.
4. Internationale Wettbewerbsfähigkeit: Im globalen Bildungswettbewerb ist eine koordinierte, strategische Weiterentwicklung des deutschen Bildungssystems wichtig. Der Bildungsföderalismus erschwert oft schnelle, umfassende Reformen.

Dabei sollte eine Balance gewahrt werden: Länder sollten weiterhin regionale Besonderheiten berücksichtigen können, während der Bund einen verbindlichen Rahmen setzt.

FB Aus Deutschland sollen weiterhin Rüstungsgüter nach Israel exportiert werden dürfen.

Neutral

Begründung:
Diese Frage erfordert eine besonders differenzierte Betrachtung:

1. Historische Verantwortung: Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verpflichtung gegenüber Israel und seinem Existenzrecht. Dies schließt auch die Unterstützung der Selbstverteidigungsfähigkeit Israels ein.
2. Sicherheitspolitische Aspekte:

- Israel ist von mehreren feindlich gesinnten Akteuren umgeben
- Als demokratischer Staat in der Region ist Israel ein wichtiger strategischer Partner
- Deutschland hat ein Interesse an der Stabilität im Nahen Osten

3. Problematische Aspekte:

- Die humanitäre Situation in den besetzten Gebieten

- Das Risiko, dass Waffen in regionalen Konflikten eingesetzt werden
- Die generelle Problematik von Rüstungsexporten in Spannungsgebiete

4. Lösungsansatz:

- Strenge Einzelfallprüfungen notwendig
- Klare Auflagen für die Verwendung
- Einbettung in diplomatische Bemühungen um Frieden
- Regelmäßige Überprüfung der Exportpolitik

Die Komplexität der Situation und die verschiedenen legitimen Interessen machen eine eindeutige Position schwierig.

FB Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in gesetzlichen Krankenkassen versichert sein müssen.

Stimme zu

Begründung:
Eine verpflichtende gesetzliche Krankenversicherung für alle Bürger (Bürgerversicherung) ist aus mehreren Gründen sinnvoll:

1. Solidarprinzip: Ein gemeinsames System, in das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einzahlen, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Finanzierungsbasis des Gesundheitssystems. Die aktuell bestehende Trennung zwischen gesetzlicher und privater Versicherung führt zu einer Zwei-Klassen-Medizin.
2. Finanzielle Stabilität: Eine breitere Versichertenbasis, die auch Gutverdiener einschließt, würde die Finanzierung des Gesundheitssystems auf eine stabilere Grundlage stellen. Dies ist besonders wichtig angesichts der demografischen Entwicklung.
3. Effizienz: Ein einheitliches System reduziert Verwaltungskosten und bürokratischen Aufwand. Die Parallelstrukturen von gesetzlicher und privater Versicherung sind ineffizient.
4. Gleichbehandlung: Ein einheitliches System würde allen Versicherten den gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen ermöglichen und Ungleichbehandlungen bei Terminvergabe und Behandlung reduzieren.

Die Umstellung sollte dabei schrittweise erfolgen, um Härten zu vermeiden und bestehende Ansprüche zu berücksichtigen.

FB Die gesetzliche Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen soll abgeschafft werden.

Stimme nicht zu

Begründung:
Die Beibehaltung der Frauenquote ist aus mehreren Gründen wichtig:

1. Wirksamkeit: Die Quote hat nachweislich zu einer Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen geführt. Ohne gesetzliche Vorgaben war der Fortschritt über Jahrzehnte minimal, trotz freiwilliger Selbstverpflichtungen der Wirtschaft.
2. Wirtschaftlicher Nutzen: Diverse Führungsteams treffen nachweislich bessere Entscheidungen und führen zu besseren Unternehmensergebnissen. Die Quote hilft, das vorhandene Potenzial qualifizierter Frauen besser zu nutzen.
3. Struktureller Wandel: Die Quote wirkt als Katalysator für notwendige Veränderungen in der Unternehmenskultur. Sie führt zu mehr familienfreundlichen Arbeitsbedingungen und moderneren Führungskonzepten.
4. Vorbildfunktion: Mehr Frauen in Führungspositionen schaffen positive Rollenvorbilder und ermutigen andere Frauen, Führungspositionen anzustreben. Dies ist wichtig für langfristige gesellschaftliche Veränderungen.

Eine Abschaffung würde den begonnenen Kulturwandel gefährden und könnte zu Rückschritten bei der Gleichstellung führen.

FB Ökologische Landwirtschaft soll stärker gefördert werden als konventionelle Landwirtschaft.

Stimme zu

Begründung:
Eine stärkere Förderung der ökologischen Landwirtschaft ist aus mehreren Gründen sinnvoll:

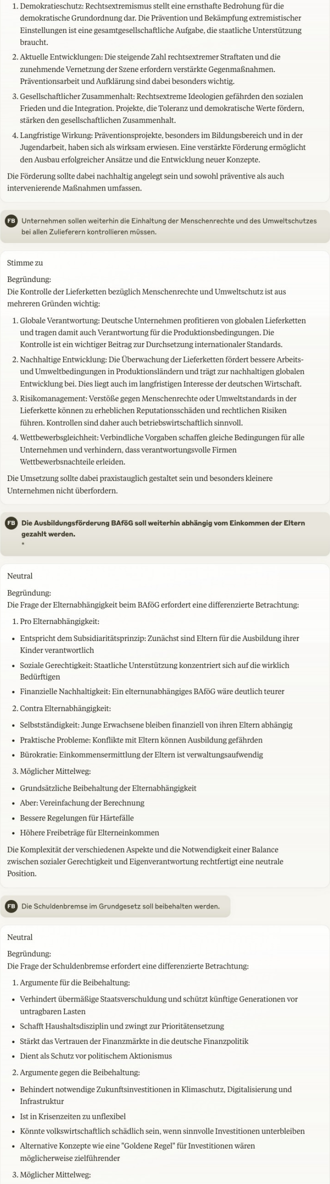
1. Umweltschutz: Ökolandbau trägt nachweislich zum Erhalt der Biodiversität bei, schützt Böden und Grundwasser, reduziert den Pestizideinsatz und hat eine bessere Klimabilanz als konventionelle Landwirtschaft.
2. Zukunftsfähigkeit: Die ökologische Landwirtschaft entwickelt nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen des Klimawandels und schwindender Ressourcen. Diese Innovationen kommen auch der konventionellen Landwirtschaft zugute.
3. Gesellschaftliche Nachfrage: Die Nachfrage nach Bio-Produkten steigt kontinuierlich. Eine stärkere Förderung hilft, den wachsenden Bedarf durch heimische Produktion zu decken statt durch Importe.
4. Strukturwandel: Die höhere Förderung gleicht Mehrkosten und Ertragseinbußen während der Umstellung aus. Dies ist notwendig, um die politisch gewünschte Ausweitung des Ökolandbaus zu erreichen.

Die Förderung sollte dabei so gestaltet sein, dass sie auch konventionell wirtschaftenden Betrieben den Übergang ermöglicht und nachhaltige Praktiken in der gesamten Landwirtschaft unterstützt.

FB Der Bund soll Projekte gegen Rechtsextremismus verstärkt fördern.

Stimme zu

Begründung:
Eine verstärkte Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus ist aus mehreren Gründen notwendig:



1. Demokratieschutz: Rechtsextremismus stellt eine ernsthafte Bedrohung für die demokratische Grundordnung dar. Die Prävention und Bekämpfung extremistischer Einstellungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die staatliche Unterstützung braucht.
2. Aktuelle Entwicklungen: Die steigende Zahl rechtsextremer Straftaten und die zunehmende Vernetzung der Szene erfordern verstärkte Gegenmaßnahmen. Präventionsarbeit und Aufklärung sind dabei besonders wichtig.
3. Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Rechtsextreme Ideologien gefährden den sozialen Frieden und die Integration. Projekte, die Toleranz und demokratische Werte fördern, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
4. Langfristige Wirkung: Präventionsprojekte, besonders im Bildungsbereich und in der Jugendarbeit, haben sich als wirksam erwiesen. Eine verstärkte Förderung ermöglicht den Ausbau erfolgreicher Ansätze und die Entwicklung neuer Konzepte.

Die Förderung sollte dabei nachhaltig angelegt sein und sowohl präventive als auch intervenierende Maßnahmen umfassen.

FB Unternehmen sollen weiterhin die Einhaltung der Menschenrechte und des Umweltschutzes bei allen Zulieferern kontrollieren müssen.

Stimme zu

Begründung:
Die Kontrolle der Lieferketten bezüglich Menschenrechte und Umweltschutz ist aus mehreren Gründen wichtig:

1. Globale Verantwortung: Deutsche Unternehmen profitieren von globalen Lieferketten und tragen damit auch Verantwortung für die Produktionsbedingungen. Die Kontrolle ist ein wichtiger Beitrag zur Durchsetzung internationaler Standards.
2. Nachhaltige Entwicklung: Die Überwachung der Lieferketten fördert bessere Arbeits- und Umweltbedingungen in Produktionsländern und trägt zur nachhaltigen globalen Entwicklung bei. Dies liegt auch im langfristigen Interesse der deutschen Wirtschaft.
3. Risikomanagement: Verstöße gegen Menschenrechte oder Umweltstandards in der Lieferkette können zu erheblichen Reputationsschäden und rechtlichen Risiken führen. Kontrollen sind daher auch betriebswirtschaftlich sinnvoll.
4. Wettbewerbsgleichheit: Verbindliche Vorgaben schaffen gleiche Bedingungen für alle Unternehmen und verhindern, dass verantwortungsvolle Firmen Wettbewerbsnachteile erleiden.

Die Umsetzung sollte dabei praxistauglich gestaltet sein und besonders kleinere Unternehmen nicht überfordern.

FB **Die Ausbildungsförderung BAföG soll weiterhin abhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt werden.**
*

Neutral

Begründung:
Die Frage der Elternabhängigkeit beim BAföG erfordert eine differenzierte Betrachtung:

1. Pro Elternabhängigkeit:

- Entspricht dem Subsidiaritätsprinzip: Zunächst sind Eltern für die Ausbildung ihrer Kinder verantwortlich
- Soziale Gerechtigkeit: Staatliche Unterstützung konzentriert sich auf die wirklich Bedürftigen
- Finanzielle Nachhaltigkeit: Ein elternunabhängiges BAföG wäre deutlich teurer

2. Contra Elternabhängigkeit:

- Selbstständigkeit: Junge Erwachsene bleiben finanziell von ihren Eltern abhängig
- Praktische Probleme: Konflikte mit Eltern können Ausbildung gefährden
- Bürokratie: Einkommensermittlung der Eltern ist verwaltungsaufwendig

3. Möglicher Mittelweg:

- Grundsätzliche Beibehaltung der Elternabhängigkeit
- Aber: Vereinfachung der Berechnung
- Bessere Regelungen für Härtefälle
- Höhere Freibeträge für Elterneinkommen

Die Komplexität der verschiedenen Aspekte und die Notwendigkeit einer Balance zwischen sozialer Gerechtigkeit und Eigenverantwortung rechtfertigt eine neutrale Position.

FB Die Schuldenbremse im Grundgesetz soll beibehalten werden.

Neutral

Begründung:
Die Frage der Schuldenbremse erfordert eine differenzierte Betrachtung:

1. Argumente für die Beibehaltung:

- Verhindert übermäßige Staatsverschuldung und schützt künftige Generationen vor untragbaren Lasten
- Schafft Haushaltsdisziplin und zwingt zur Prioritätensetzung
- Stärkt das Vertrauen der Finanzmärkte in die deutsche Finanzpolitik
- Dient als Schutz vor politischem Aktionismus

2. Argumente gegen die Beibehaltung:

- Behindert notwendige Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und Infrastruktur
- Ist in Krisenzeiten zu unflexibel
- Könnte volkswirtschaftlich schädlich sein, wenn sinnvolle Investitionen unterbleiben
- Alternative Konzepte wie eine "Goldene Regel" für Investitionen wären möglicherweise zielführender

3. Möglicher Mittelweg:

- Grundsätzliche Beibehaltung der Schuldenbremse
- Aber: Modernisierung und flexiblere Gestaltung
- Ausnahmen für bestimmte Zukunftsinvestitionen
- Präzisere Definition von Notlagen

Die Komplexität der ökonomischen Zusammenhänge und die verschiedenen legitimen Argumente legen eine neutrale Position nahe.

FB Asylsuchende sollen in Deutschland sofort nach ihrer Antragstellung eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Stimme zu

Begründung:
Ein sofortiger Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende ist aus mehreren Gründen sinnvoll:

1. Integration: Arbeit ist ein Schlüsselfaktor für erfolgreiche Integration. Sie ermöglicht soziale Kontakte, Spracherwerb und das Kennenlernen der Gesellschaft. Je früher dieser Prozess beginnt, desto erfolgreicher verläuft die Integration.
2. Wirtschaftlicher Nutzen:

- Entlastung der öffentlichen Haushalte durch Reduzierung von Sozialleistungen
- Behebung des Arbeitskräftemangels in vielen Branchen
- Asylsuchende können durch Arbeit selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen

3. Psychosoziale Aspekte: Erzwungene Untätigkeit während des Asylverfahrens kann zu Frustration, Demotivation und psychischen Problemen führen. Arbeit gibt Menschen Würde, Struktur und das Gefühl, einen Beitrag zu leisten.
4. Gesellschaftliche Akzeptanz: Wenn Asylsuchende arbeiten und zum Gemeinwohl beitragen können, erhöht dies die gesellschaftliche Akzeptanz für Asylsuchende insgesamt.

Die Arbeitserlaubnis sollte mit Maßnahmen zur Qualifizierung und Vermittlung verbunden werden, um eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zu unterstützen.

FB Deutschland soll das Ziel verwerfen, klimaneutral zu werden.

Stimme nicht zu

Begründung:
Das Ziel der Klimaneutralität ist aus mehreren Gründen unverzichtbar:

1. Globale Verantwortung: Als eine der größten Volkswirtschaften und historisch bedeutender CO2-Emittent hat Deutschland eine besondere Verantwortung beim Klimaschutz. Ein Verwerfen des Klimaziels würde internationale Klimaschutzbemühungen schwächen und andere Länder demotivieren.
2. Wirtschaftliche Chancen:

- Die Transformation zur Klimaneutralität treibt Innovationen voran
- Frühzeitige Umstellung sichert Wettbewerbsvorteile in Zukunftsmärkten
- Vermeidung von hohen Folgekosten des Klimawandels
- Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energieimporten

3. Gesellschaftliche Auswirkungen: Der Klimawandel bedroht bereits heute Lebensgrundlagen durch extreme Wetterereignisse, Dürren und steigende Meeresspiegel. Ein Verzicht auf Klimaschutz würde diese Risiken dramatisch erhöhen.
4. Rechtliche Verpflichtungen: Deutschland hat sich im Pariser Klimaabkommen und auf EU-Ebene zu Klimazielen verpflichtet. Ein Verwerfen würde gegen internationale Vereinbarungen verstoßen.

Der Weg zur Klimaneutralität muss sozial ausgewogen gestaltet werden, ist aber alternativlos.

FB In Deutschland soll die 35-Stunden-Woche als gesetzliche Regelarbeitszeit für alle Beschäftigten festgelegt werden.

Neutral

Begründung:
Die Frage einer gesetzlichen 35-Stunden-Woche erfordert eine differenzierte Betrachtung:

1. Potenzielle Vorteile:

- Bessere Work-Life-Balance für Arbeitnehmer
- Mögliche Produktivitätssteigerungen durch ausgeruhtere Mitarbeiter
- Faire Verteilung von Arbeit in Zeiten zunehmender Automatisierung
- Positive Auswirkungen auf physische und psychische Gesundheit

2. Mögliche Nachteile:

- Herausforderungen für Unternehmen in Zeiten des Fachkräftemangels
- Kostensteigerungen bei vollem Lohnausgleich
- Unterschiedliche Bedürfnisse verschiedener Branchen und Betriebsgrößen
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit könnte leiden

3. Sinnvoller erscheint ein flexibler Ansatz:

- Branchenspezifische Lösungen durch Tarifpartner
- Mehr Wahlmöglichkeiten für Arbeitnehmer
- Schrittweise Arbeitszeitverkürzung wo möglich
- Experimentierräume für neue Arbeitszeitmodelle

Die Komplexität der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen macht eine pauschale Festlegung schwierig.

FB Schwangerschaftsabbrüche sollen in den ersten drei Monaten weiterhin nur nach Beratung straffrei sein.

Neutral

Begründung:
Diese ethisch und gesellschaftlich komplexe Frage erfordert eine differenzierte Betrachtung:

1. Für die bestehende Regelung spricht:

- Das aktuelle Modell der Beratungspflicht hat sich in der Praxis bewährt
- Es bietet einen Kompromiss zwischen dem Schutz des ungeborenen Lebens und dem Selbstbestimmungsrecht der Frau
- Die Beratung ermöglicht Information über Alternativen und Unterstützungsangebote
- Die Regelung schafft Rechtssicherheit für alle Beteiligten

2. Gegen die bestehende Regelung spricht:

- Die Pflichtberatung kann als Bevormundung empfunden werden
- Die grundsätzliche Strafandrohung stigmatisiert Betroffene
- Internationale Erfahrungen zeigen, dass liberalere Regelungen nicht zu mehr Abbrüchen führen
- Die Kriminalisierung erschwert den Zugang zu medizinischer Versorgung

3. Zentrale Aspekte für die Bewertung:

- Grundrechtliche Abwägung zwischen verschiedenen Schutzgütern
- Medizinische und psychosoziale Versorgung der Frauen
- Gesellschaftliche Unterstützung für Schwangere
- Internationale Erfahrungen und Standards

Die Vielschichtigkeit der ethischen, medizinischen und gesellschaftlichen Aspekte macht eine eindeutige Position schwierig.

FB Der Euro soll in Deutschland durch eine nationale Währung ersetzt werden.

Stimme nicht zu

Begründung:
Eine Rückkehr zu einer nationalen Währung wäre aus mehreren Gründen hochproblematisch:

1. Wirtschaftliche Folgen:

- Deutschland als Exportnation profitiert enorm vom gemeinsamen Währungsraum
- Ein Währungswechsel würde zu massiven wirtschaftlichen Verwerfungen führen
- Neue Währungsrisiken und Transaktionskosten würden die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen schwächen
- Die Unsicherheit während einer Übergangsphase könnte eine schwere Wirtschaftskrise auslösen

2. Europäische Integration:

- Der Euro ist mehr als eine Währung - er ist ein zentrales Symbol der europäischen Einigung
- Ein deutscher Austritt könnte das gesamte EU-Projekt gefährden
- Die politische Stabilität in Europa würde geschwächt

3. Praktische Aspekte:

- Enormer organisatorischer und finanzieller Aufwand einer Währungsumstellung
- Gefahr von Kapitalflucht und Finanzmarktturbulenzen
- Rechtliche Komplexität bei der Umstellung von Verträgen und Verbindlichkeiten

4. Globale Position:

- Der Euro ist eine wichtige globale Reservewährung
- Eine Fragmentierung würde Europas Position in der Weltwirtschaft schwächen
- Geopolitische Nachteile in einer multipolaren Weltordnung

FB Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll die Schiene Vorrang vor der Straße haben.

Stimme zu

Begründung:
Der Vorrang der Schiene beim Infrastrukturausbau ist aus mehreren Gründen sinnvoll:

1. Klimaschutz: Die Bahn ist das klimafreundlichste Verkehrsmittel im Fernverkehr. Ein gut ausgebautes Schienennetz ist zentral für die Verkehrswende und die Erreichung der Klimaziele. Der Schienenverkehr verursacht deutlich weniger CO2-Emissionen pro Personenkilometer als der Straßenverkehr.
2. Effizienz:

- Höhere Transportkapazität bei geringerem Flächenverbrauch
- Entlastung überlasteter Straßen
- Reduzierung von Staus und damit verbundenen volkswirtschaftlichen Kosten
- Bessere Energieeffizienz im Vergleich zum Straßenverkehr

3. Zukunftsfähigkeit: Der Ausbau der Schieneninfrastruktur ist eine langfristige Investition in ein nachhaltiges Verkehrssystem. Dies entspricht den sich ändernden Mobilitätsbedürfnissen und dem wachsenden Umweltbewusstsein.
4. Wirtschaftliche Vorteile:

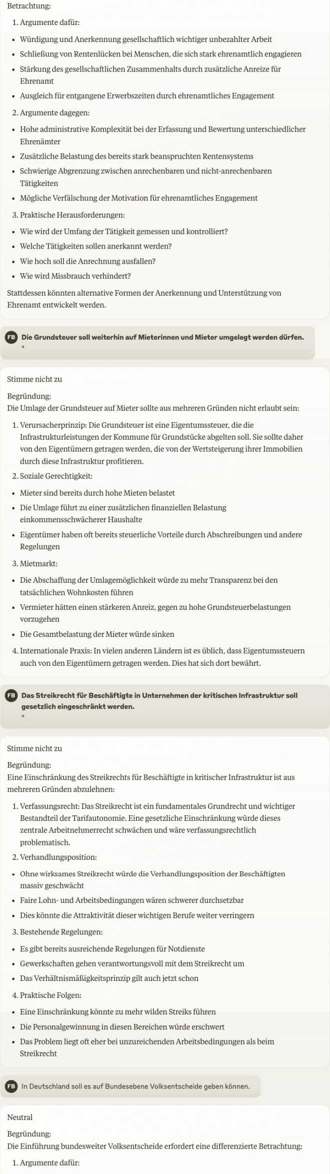
- Stärkung des Wirtschaftsstandorts durch bessere Vernetzung
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Reduzierung der Abhängigkeit vom Straßengüterverkehr

Der Vorrang der Schiene sollte dabei intelligent umgesetzt werden und die notwendige Erhaltung der Straßeninfrastruktur nicht vernachlässigen.

FB Ehrenamtliche Tätigkeiten sollen auf die zukünftige Rente angerechnet werden.

Neutral

Begründung:
Die Anrechnung ehrenamtlicher Tätigkeiten auf die Rente erfordert eine differenzierte



Betrachtung:

1. Argumente dafür:

- Würdigung und Anerkennung gesellschaftlich wichtiger unbezahlter Arbeit
- Schließung von Rentenlücken bei Menschen, die sich stark ehrenamtlich engagieren
- Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch zusätzliche Anreize für Ehrenamt
- Ausgleich für entgangene Erwerbszeiten durch ehrenamtliches Engagement

2. Argumente dagegen:

- Hohe administrative Komplexität bei der Erfassung und Bewertung unterschiedlicher Ehrenämter
- Zusätzliche Belastung des bereits stark beanspruchten Rentensystems
- Schwierige Abgrenzung zwischen anrechenbaren und nicht-anrechenbaren Tätigkeiten
- Mögliche Verfälschung der Motivation für ehrenamtliches Engagement

3. Praktische Herausforderungen:

- Wie wird der Umfang der Tätigkeit gemessen und kontrolliert?
- Welche Tätigkeiten sollen anerkannt werden?
- Wie hoch soll die Anrechnung ausfallen?
- Wie wird Missbrauch verhindert?

Stattdessen könnten alternative Formen der Anerkennung und Unterstützung von Ehrenamt entwickelt werden.

FB **Die Grundsteuer soll weiterhin auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werden dürfen.**
*

Stimme nicht zu

Begründung:
Die Umlage der Grundsteuer auf Mieter sollte aus mehreren Gründen nicht erlaubt sein:

1. Verursacherprinzip: Die Grundsteuer ist eine Eigentumssteuer, die die Infrastrukturleistungen der Kommune für Grundstücke abgelten soll. Sie sollte daher von den Eigentümern getragen werden, die von der Wertsteigerung ihrer Immobilien durch diese Infrastruktur profitieren.
2. Soziale Gerechtigkeit:

- Mieter sind bereits durch hohe Mieten belastet
- Die Umlage führt zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung einkommensschwächerer Haushalte
- Eigentümer haben oft bereits steuerliche Vorteile durch Abschreibungen und andere Regelungen

3. Mietmarkt:

- Die Abschaffung der Umlagemöglichkeit würde zu mehr Transparenz bei den tatsächlichen Wohnkosten führen
- Vermieter hätten einen stärkeren Anreiz, gegen zu hohe Grundsteuerbelastungen vorzugehen
- Die Gesamtbelastung der Mieter würde sinken

4. Internationale Praxis: In vielen anderen Ländern ist es üblich, dass Eigentumssteuern auch von den Eigentümern getragen werden. Dies hat sich dort bewährt.

FB **Das Streikrecht für Beschäftigte in Unternehmen der kritischen Infrastruktur soll gesetzlich eingeschränkt werden.**
*

Stimme nicht zu

Begründung:
Eine Einschränkung des Streikrechts für Beschäftigte in kritischer Infrastruktur ist aus mehreren Gründen abzulehnen:

1. Verfassungsrecht: Das Streikrecht ist ein fundamentales Grundrecht und wichtiger Bestandteil der Tarifautonomie. Eine gesetzliche Einschränkung würde dieses zentrale Arbeitnehmerrecht schwächen und wäre verfassungsrechtlich problematisch.
2. Verhandlungsposition:

- Ohne wirksames Streikrecht würde die Verhandlungsposition der Beschäftigten massiv geschwächt
- Faire Lohn- und Arbeitsbedingungen wären schwerer durchsetzbar
- Dies könnte die Attraktivität dieser wichtigen Berufe weiter verringern

3. Bestehende Regelungen:

- Es gibt bereits ausreichende Regelungen für Notdienste
- Gewerkschaften gehen verantwortungsvoll mit dem Streikrecht um
- Das Verhältnismäßigkeitsprinzip gilt auch jetzt schon

4. Praktische Folgen:

- Eine Einschränkung könnte zu mehr wilden Streiks führen
- Die Personalgewinnung in diesen Bereichen würde erschwert
- Das Problem liegt oft eher bei unzureichenden Arbeitsbedingungen als beim Streikrecht

FB In Deutschland soll es auf Bundesebene Volksentscheide geben können.

Neutral

Begründung:
Die Einführung bundesweiter Volksentscheide erfordert eine differenzierte Betrachtung:

1. Argumente dafür:

- Stärkung der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung
- Mögliche Erhöhung der politischen Teilhabe und des Interesses
- Chance zur Überwindung von politischen Blockaden
- Positive Erfahrungen auf Länderebene und in anderen Ländern wie der Schweiz

2. Argumente dagegen:

- Gefahr der Vereinfachung komplexer Sachverhalte
- Risiko populistischer Kampagnen
- Mögliche Benachteiligung von Minderheiten
- Schwierige Abwägung zwischen verschiedenen Interessen bei komplexen Themen

3. Entscheidende Faktoren für die Umsetzung:

- Sorgfältige Gestaltung der Verfahrensregeln
- Festlegung von Themen, die nicht zur Abstimmung gestellt werden können
- Quoren für Initiativen und erfolgreiche Abstimmungen
- Ausreichende Information der Bürger

Eine mögliche Einführung müsste sehr sorgfältig gestaltet werden, um sowohl demokratische Teilhabe zu ermöglichen als auch einen Schutz vor Missbrauch zu gewährleisten.

FB Unter 14-Jährige sollen strafrechtlich belangt werden können.

Stimme nicht zu

Begründung:
Die Beibehaltung der Strafunmündigkeit unter 14 Jahren ist aus mehreren Gründen wichtig:

1. Entwicklungspsychologie:

- Kinder unter 14 Jahren können die Folgen ihres Handelns noch nicht vollständig überblicken
- Das moralische Urteilsvermögen und die Impulskontrolle sind noch in der Entwicklung
- Die Einsichtsfähigkeit in Recht und Unrecht ist noch nicht vollständig ausgeprägt

2. Pädagogische Aspekte:

- Jugendhilfe und pädagogische Maßnahmen sind für diese Altersgruppe wirksamer als Strafen
- Frühe Stigmatisierung durch Strafverfolgung kann negative Entwicklungen verstärken
- Präventive und unterstützende Ansätze sind erfolgversprechender

3. Internationale Standards:

- Die Altersgrenze von 14 Jahren entspricht internationalen Konventionen
- Sie hat sich in vielen Ländern bewährt
- Eine Absenkung würde einen internationalen Trend zur Anhebung der Strafmündigkeit umkehren

4. Vorhandene Instrumente:

- Das Jugendhilferecht bietet ausreichende Möglichkeiten zur Intervention
- Zivilrechtliche Haftung der Eltern ist bereits möglich
- Intensive Betreuung und Therapieangebote sind zielführender

FB **Deutschland soll sich für die Abschaffung der erhöhten EU-Zölle auf chinesische Elektroautos einsetzen.**

*

Stimme nicht zu

Begründung:
Die Beibehaltung der erhöhten EU-Zölle auf chinesische Elektroautos ist aus mehreren Gründen sinnvoll:

1. Wirtschaftliche Fairness:

- Chinesische Hersteller profitieren von massiven staatlichen Subventionen
- Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen auf dem europäischen Markt
- Die Zölle helfen, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen
- Schutz europäischer Arbeitsplätze in der Automobilindustrie

2. Industriepolitische Bedeutung:

- Die Automobilindustrie ist für Deutschland und Europa ein Schlüsselsektor
- Die Transformation zur E-Mobilität erfordert erhebliche Investitionen
- Ein zu schneller Markteintritt subventionierter Konkurrenz könnte diese Transformation gefährden
- Strategische Autonomie Europas in diesem Zukunftssektor muss gewahrt bleiben

3. Langfristige Perspektive:

- Zölle können als Hebel für fairere Handelsbedingungen mit China dienen
- Sie schaffen Zeit für die Entwicklung wettbewerbsfähiger europäischer E-Auto-Produktion
- Sie fördern Innovationen und Technologieentwicklung in Europa

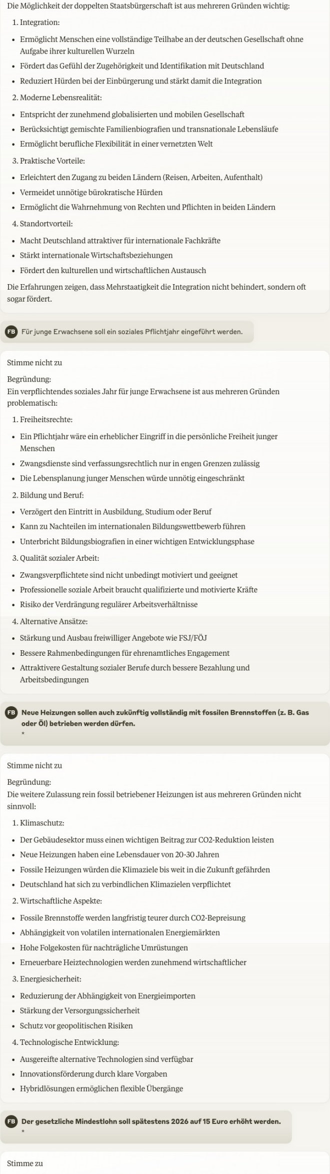
4. Klimaschutz wird nicht behindert:

- Der europäische Markt bietet bereits vielfältige E-Auto-Angebote
- Wettbewerb und Innovation werden auch ohne subventionierte Importe gefördert

FB In Deutschland soll es weiterhin generell möglich sein, neben der deutschen eine zweite Staatsbürgerschaft zu haben.

Stimme zu

Begründung:



Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft ist aus mehreren Gründen wichtig:

1. Integration:

- Ermöglicht Menschen eine vollständige Teilhabe an der deutschen Gesellschaft ohne Aufgabe ihrer kulturellen Wurzeln
- Fördert das Gefühl der Zugehörigkeit und Identifikation mit Deutschland
- Reduziert Hürden bei der Einbürgerung und stärkt damit die Integration

2. Moderne Lebensrealität:

- Entspricht der zunehmend globalisierten und mobilen Gesellschaft
- Berücksichtigt gemischte Familienbiografien und transnationale Lebensläufe
- Ermöglicht berufliche Flexibilität in einer vernetzten Welt

3. Praktische Vorteile:

- Erleichtert den Zugang zu beiden Ländern (Reisen, Arbeiten, Aufenthalt)
- Vermeidet unnötige bürokratische Hürden
- Ermöglicht die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in beiden Ländern

4. Standortvorteil:

- Macht Deutschland attraktiver für internationale Fachkräfte
- Stärkt internationale Wirtschaftsbeziehungen
- Fördert den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch

Die Erfahrungen zeigen, dass Mehrstaatigkeit die Integration nicht behindert, sondern oft sogar fördert.

FB Für junge Erwachsene soll ein soziales Pflichtjahr eingeführt werden.

Stimme nicht zu

Begründung:
Ein verpflichtendes soziales Jahr für junge Erwachsene ist aus mehreren Gründen problematisch:

1. Freiheitsrechte:

- Ein Pflichtjahr wäre ein erheblicher Eingriff in die persönliche Freiheit junger Menschen
- Zwangsdienste sind verfassungsrechtlich nur in engen Grenzen zulässig
- Die Lebensplanung junger Menschen würde unnötig eingeschränkt

2. Bildung und Beruf:

- Verzögert den Eintritt in Ausbildung, Studium oder Beruf
- Kann zu Nachteilen im internationalen Bildungswettbewerb führen
- Unterbricht Bildungsbiografien in einer wichtigen Entwicklungsphase

3. Qualität sozialer Arbeit:

- Zwangsverpflichtete sind nicht unbedingt motiviert und geeignet
- Professionelle soziale Arbeit braucht qualifizierte und motivierte Kräfte
- Risiko der Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse

4. Alternative Ansätze:

- Stärkung und Ausbau freiwilliger Angebote wie FSJ/FÖJ
- Bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement
- Attraktivere Gestaltung sozialer Berufe durch bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen

FB **Neue Heizungen sollen auch zukünftig vollständig mit fossilen Brennstoffen (z. B. Gas oder Öl) betrieben werden dürfen.**
*

Stimme nicht zu

Begründung:
Die weitere Zulassung rein fossil betriebener Heizungen ist aus mehreren Gründen nicht sinnvoll:

1. Klimaschutz:

- Der Gebäudesektor muss einen wichtigen Beitrag zur CO2-Reduktion leisten
- Neue Heizungen haben eine Lebensdauer von 20-30 Jahren
- Fossile Heizungen würden die Klimaziele bis weit in die Zukunft gefährden
- Deutschland hat sich zu verbindlichen Klimazielen verpflichtet

2. Wirtschaftliche Aspekte:

- Fossile Brennstoffe werden langfristig teurer durch CO2-Bepreisung
- Abhängigkeit von volatilen internationalen Energiemärkten
- Hohe Folgekosten für nachträgliche Umrüstungen
- Erneuerbare Heiztechnologien werden zunehmend wirtschaftlicher

3. Energiesicherheit:

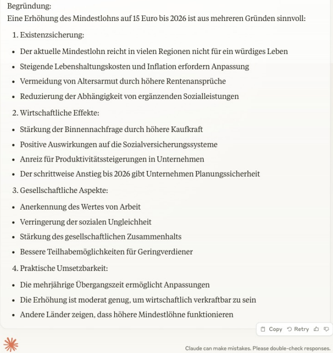
- Reduzierung der Abhängigkeit von Energieimporten
- Stärkung der Versorgungssicherheit
- Schutz vor geopolitischen Risiken

4. Technologische Entwicklung:

- Ausgereifte alternative Technologien sind verfügbar
- Innovationsförderung durch klare Vorgaben
- Hybridlösungen ermöglichen flexible Übergänge

FB **Der gesetzliche Mindestlohn soll spätestens 2026 auf 15 Euro erhöht werden.**
*

Stimme zu



Begründung:
Eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro bis 2026 ist aus mehreren Gründen sinnvoll:

1. Existenzsicherung:

- Der aktuelle Mindestlohn reicht in vielen Regionen nicht für ein würdiges Leben
- Steigende Lebenshaltungskosten und Inflation erfordern Anpassung
- Vermeidung von Altersarmut durch höhere Rentenansprüche
- Reduzierung der Abhängigkeit von ergänzenden Sozialleistungen

2. Wirtschaftliche Effekte:

- Stärkung der Binnennachfrage durch höhere Kaufkraft
- Positive Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme
- Anreiz für Produktivitätssteigerungen in Unternehmen
- Der schrittweise Anstieg bis 2026 gibt Unternehmen Planungssicherheit

3. Gesellschaftliche Aspekte:

- Anerkennung des Wertes von Arbeit
- Verringerung der sozialen Ungleichheit
- Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
- Bessere Teilhabemöglichkeiten für Geringverdiener

4. Praktische Umsetzbarkeit:

- Die mehrjährige Übergangszeit ermöglicht Anpassungen
- Die Erhöhung ist moderat genug, um wirtschaftlich verkraftbar zu sein
- Andere Länder zeigen, dass höhere Mindestlöhne funktionieren

Claude can make mistakes. Please double-check responses.